



**CONSEIL PARLEMENTAIRE INTERREGIONAL
INTERREGIONALER PARLAMENTARIER-RAT
Saarland - Lorraine - Luxembourg - Rheinland-Pfalz -
Wallonie - Fédération Wallonie-Bruxelles -
Deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens**

23, rue du Marché-aux-Herbes, L-1728 Luxembourg Tél : (352) 466966-1 Fax : (352) 466966-209

Empfehlung

Zweisprachigkeit Französisch/Deutsch in der Großregion

Der Interregionale Parlamentarier-Rat (IPR), auf Vorschlag der Kommission „Schulwesen, Forschung, Ausbildung und Kultur“ und der Delegation des Saarlandes im IPR

1. betont erneut seine Überzeugung, dass es notwendig ist, dass die Bürgerinnen und Bürger der Großregion die Möglichkeit haben sollten, die beiden Nachbarsprachen Französisch und Deutsch zu erlernen und bekräftigt hierzu nochmals seine Empfehlung vom 22. November 2013,
2. begrüßt in diesem Zusammenhang neue Überlegungen und Bemühungen zur Vermittlung der Sprache des Nachbarn in der Großregion, wie etwa die von der wallonischen Region eingeführte Sprachenlernplattform „Wallangues“,
3. begrüßt darum sehr nachdrücklich, dass das Saarland sich das Ziel gesetzt hat, bis zum Jahr 2043 im Saarland die deutsch-französische Zweisprachigkeit zu entwickeln,
4. fragt sich, welche Folgen die Unterrichts-Reform der französischen Regierung mit Kürzungen des Deutsch-Unterrichts für das Erlernen der deutschen Sprache haben wird und betont, dass insbesondere in grenzüberschreitenden Räumen wie der Großregion das Beherrschen der jeweiligen Sprache des Nachbarn wichtiges Mittel der Kommunikation über alle Themen des gesellschaftlichen Lebens ist, somit Grundlage der deutsch-französisch-luxemburgisch-belgischen Partnerschaft und Freundschaft ist, weshalb die genannte Unterrichts-Reform die politischen Bemühungen der letzten Jahrzehnte zurückwirft,
5. begrüßt ausdrücklich die neue Position der französischen Regierung, die bestätigt, dass die neue Reform in den Grenzgebieten nicht angewandt wird, um die Kontinuität des Spracherwerbs zwischen der Grundschule und der weiterführenden Schule zu garantieren,
6. möchte gegenüber der französischen Regierung seiner Besorgnis Ausdruck verleihen und ersucht sie, dieses Vorhaben zu überdenken, das nicht nur in

schulischer Hinsicht, sondern auch aus diplomatischen und wirtschaftlichen Gründen für ganz Frankreich nachteilig wäre.

Der Interregionale Parlamentarier-Rat richtet diese Empfehlung an

- die Regierung der Französischen Republik,
- die Regierung des Großherzogtums Luxemburg,
- die Regierung der Wallonischen Region,
- die Regierung der Föderation Wallonie-Brüssel,
- die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens,
- die Landesregierung von Rheinland-Pfalz,
- die Landesregierung des Saarlandes,
- den Präfekten für die Region Lothringen.

Namur, den 19. Juni 2015